

CHRISTOPH LEITL
PRÄSIDENT
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH



Globalisierung: Ängste – Hoffnungen – Zuversicht

„To pretend there is a future behind a closed door is backward and dangerous economically – and cowardly and unacceptable politically.”

EU-Kommissar Charlie McCreevy (*Financial Times*, 22. März 2006)

Globalisierung: Auswirkungen, Wahrnehmungen und Herausforderungen

Der Prozess der Globalisierung ist seit Jahrhunderten in Gang, hat aber besonders seit den 1990er-Jahren an Breite, Tiefe und Tempo zugelegt. Die beschleunigte Globalisierung resultiert im Wesentlichen aus der Liberalisierung des Welthandels, dem Fall des Eisernen Vorhangs und der rasanten Ausbreitung neuer Technologien, vor allem in den Bereichen

Information, Kommunikation und Transport.

Diese Beschleunigung des international effizienteren Einsatzes von knappen Ressourcen ermöglicht die Erschließung von neuen Märkten, eine verstärkte internationale Arbeitsteilung und somit eine weltweite Vermehrung des Wohlstands. Gleichzeitig verschärfte sich dadurch der Wettbewerb und machte eine Ablöse von alten wirtschaftspolitischen Instrumenten durch neue Rezepte erforderlich.

Verteilung der globalen Ressourcen

Anteile in %

	Fläche	Bevölkerung	Bruttonationalprodukt	
			nominell	in Kaufkraftstärken
Zentral- und Osteuropa, ehem. Sowjetunion	18	8	4	6
Ostasien und Pazifik	12	30	6	15
Sub-Saharan Afrika	18	11	1	2
Südasien	4	22	2	6
Nahe Osten und Nordafrika	8	5	2	4
Lateinamerika und Karibik	15	8	7	9
High-income Länder (Westeuropa, Nordamerika usw.)	25	16	78	58

Quelle: *An Introduction to Geographical Economics*, 2003.

Ursachen der Globalisierung

- **effiziente Allokation von knappen Ressourcen**
- **Nachfrage (nach Vielfalt) und Angebot (von Alternativen)**
- **Neue Informations- und Kommunikationstechnologien**
- **Transport: Stete Zunahme der Geschwindigkeit und Abnahme der Kosten**
- **Politische Neuordnung: Ende des Kalten Kriegs, europäische Integration etc.**
- **Liberalisierung des Welthandels: GATT bzw. WTO**

Die Globalisierung wird von ihren Kritikern daher immer wieder im Zusammenhang mit einem wirtschaftspolitischen „Glaubensbekenntnis“, dem Neoliberalismus, thematisiert. Faktum ist, dass jede Zeit ihre eigenen Glaubensbekenntnisse hat. Bedingt durch äußere Einflüsse unterliegen deren Dogmen aber im Zeitverlauf immer wieder einem Wandel. So offenbart die jüngste, durch das französische Referendum ausgelöste Krise der Europäischen Union nicht nur ein fundamentales Misstrauen der Bürger/-innen ge-



genüber dem zügig voranschreitenden europäischen Integrationsprozess. Diese Krise scheint vielmehr Ausdruck von weit verbreiteten diffusen Globalisierungängsten zu sein.

Wo stehen wir im Prozess der Globalisierung?

Mit dem Fall der Berliner Mauer endete 1989 der Ost-West-Konflikt, gleichzeitig wurde ein neues „Jahrzehnt der Globalisierung“ eingeleitet: Nach einer langen Zeit der Abschottung und der ideologischen Gegensätze wurden Grenzen geöffnet und Märkte liberalisiert. Das Jahr 1993 markierte einen weiteren Meilenstein im Prozess der Globalisierung: Die Mehrzahl der Regierungen schloss die Uruguay-Runde des GATT ab, wodurch weitere Grenzöffnungen

und sinkende Zollsätze auf Waren sowie Regeln für den Handel von Dienstleistungen und den Schutz des geistigen Eigentums vereinbart wurden. Außerdem wurde in diesem Jahr mit dem Vertrag von Maastricht der europäische Binnenmarkt etabliert. Der Wegfall von Handelsbeschränkungen brachte vor allem den kleinen Ländern Vorteile. Im Rahmen von „Europa-Abkommen“ wurde den mittelosteuropäischen Ländern bereits während ihrer Transformation der Zugang zu den westlichen Absatzmärkten gewährt. China, Indien, Südostasien, Lateinamerika sowie die sowjetischen GUS-Staaten begannen sich in die Weltmärkte zu integrieren.

Neben den politischen Voraussetzungen wurde der Globalisierungsprozess aber auch durch einen gewaltigen Technologiesprung vorangetrieben: Die globale Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien machte eine intensiviertere globale internationale Arbeitsteilung möglich. Arbeitsintensive Tätigkeiten – besonders bei Produkten, die den Höhepunkt ihres Lebenszyklus überschritten hatten – wurden vermehrt in Niedriglohnländer ausgelagert. Der Welthandel wuchs alsbald schneller als die Wirtschaft. Die Integration der neuen Märkte erhöhte die weltweite Nachfrage nach Kapital und der Aktienboom der 1990er-Jahre war somit auch eine unmittelbare Folge der Globalisierung.

Diese „Umstrukturierung der Weltwirtschaft“ forcierte sowohl bei den alten als auch bei den neuen Marktteilnehmern eine wirtschaftliche Aufbruchstimmung und in der Folge einen ungeheuren Innovations-, Wohlstands- und Entwicklungsschub.

Gleichzeitig verursachte dieser Prozess aber auch gesellschaftliche Kosten, die – in Abwesenheit von flexibel funktionierenden Ordnungsrahmen – sowohl die neuen als auch die alten Marktteilnehmer zu spüren bekamen.

Langfristig (und unter bestimmten Voraussetzungen) lässt die Globalisierung höhere Produktivität, niedrigere Preise und höhere Realeinkommen erwarten. Durch den internationalen Preisdruck sanken bereits weltweit die Inflationsraten. In den westlichen Industrieländern sind sie schon seit langem konstant gering. Um die Beschäftigung in den Hochlohnstandorten aufrecht zu erhalten, wurde ein intensiver Innovationswettbewerb bzw. laufender Strukturwandel initiiert. Nicht nur zwischen Unternehmen, auch zwischen den Staaten findet ein Effizienzwettbewerb statt. Dieser folgt aber nicht zwangsläufig einer „race to the bottom“-Logik: Investoren sind auf der Suche nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Marktpotenzial und Qualität spielen die Hauptrolle. Wichtig sind das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer/-innen, das Vorhandensein einer funktionsfähigen Infrastruktur, einer intakten Umwelt sowie politische und soziale Stabilität. Das wohlfahrtsstaatliche Niveau reflektiert zum einen den soziokulturellen Hintergrund und zum anderen den Wohlstand eines Landes. Der Wohlfahrtsstaat muss für den internationalen Wettbewerb zwar umgebaut, aber nicht – wie so häufig proklamiert – abgebaut werden.

Die internationale wirtschaftliche Verflechtung ist ein kontinuierlicher Prozess. Das Tempo wird künftig von dem Ansteigen des Wohlstandes (des

Lohnniveaus) in den Billiglohnländern entscheidend beeinflusst. Gleichzeitig werden multilaterale Handelsbeziehungen bereits in der Gegenwart durch hohe Transaktionskosten infolge von Terror und internationalen Konflikten beeinträchtigt und die Handelsstreitigkeiten (insbesondere zwischen den USA und der EU) erscheinen mitunter als Szenario einer Renaissance des Protektionismus.

Globalisierungsgewinner und -verlierer

Die Weltbevölkerung hat von der Globalisierung profitiert. Ein 2,5-facher Anstieg der Weltbevölkerung seit 1950 steht einer 6-fachen Zunahme des globalen Bruttoinlandsproduktes, einer 20-fachen Steigerung des weltweiten Güterhandels und einer vielfachen Beschleunigung des weltweiten Dienstleistungshandels und jener der Ausweitung von Auslandsinvestitionen gegenüber.

Globalisierungsgewinner innerhalb dieser Länder sind die besser gebildeten und in innovativen Branchen tätigen Bevölkerungsschichten, während die Beschäftigten und Unternehmer in eher geschützten oder traditionellen Wirtschaftsbereichen tendenziell in Bedrängnis kamen. Deutliche Einflusseinbußen verzeichnen die Gewerkschaften und die restriktive nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Eine funktionierende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschließlich der zugehörigen institutionellen Voraussetzungen sind der Angelpunkt für die erfolgreiche Teilnahme am Globalisierungsprozess. Die Umwelt zählt schließlich in jenen Ländern zu den Globalisierungsverlierern, wo lokale Wirtschafts- und Sozialstruk-

turen gefährdet werden und durch Ökoblindheit die Klimaerwärmung, Wüstenbildung, Wasserverknappung forciert sowie Raubbau an den natürlichen Ressourcen betrieben wird. Länder mit dem höchsten Grad der Globalisierung leisten laut Umwelt-Performance-Index der Universitäten Yale und Columbia allerdings mehr für den Umweltschutz.

Globalisierungsängste

Aus der mittlerweile EU-weiten Globalisierungsdebatte geht hervor, dass breite Bevölkerungsschichten die Globalisierung als Risiko wahrnehmen. Sie begreifen sich als Opfer eines Geschehens, dessen Zweck für sie nicht direkt nachvollziehbar ist: Unter den veränderten Bedingungen werden oftmals Antworten auf kon-

krete gesellschaftliche Bedürfnisse sowie drängende Zukunftsfragen vermisst.

In manchen Regionen konzentrieren sich die Ängste auf die zu erwartende Zunahme der Zuwanderung und auf Globalisierungsbegleiterscheinungen wie Arbeitsplatzabbau im Inland und Standortverlagerungen ins Ausland: Mit Ausnahme der lokalen Dienstleistungen geraten vor allem die Löhne von Niedrigqualifizierten unter Druck. Die vorübergehend entstandene Billiglohnkonkurrenz erhöht Befürchtungen betreffend Reallohneinbußen oder Arbeitsplatzverlust. Zusätzlich lösen die zur Bewältigung der Herausforderungen empfohlenen neuen „Selbstentfaltungswerte“ (Erhöhung der Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Eigen-

Vorteile der Globalisierung

Der Anstieg des Weltwirtschaftswachstums bewirkt wichtige **Verbesserungen** in:

- Wohlstand und Lebensqualität der Weltbürger (abgesehen von der Reich vs. Arm-Diskussion)
- erhöhte Lebenserwartungen
- Hygiene und allgemeine Gesundheit
- Impfprogramme gegen Seuchen
- geringere Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Selbstverwaltung, der Solidarität und der Demokratie (z. B. EU, Post-Kommunismus)

Globalisierung – die Probleme

- Ungerechte Einkommensverteilung, Umweltverschmutzung, einseitige Ressourcenausbeutung, Menschenrechtsverletzungen sowie Globalisierungs-Gegenbewegungen (z. B. ATTAC)
- Kapitalismusschelte („Heuschrecken-Debatte“)
- Zunehmende Ablehnung internationaler Organisationen, wie WTO, Weltbank, aber auch der EU (siehe Scheitern der Volksabstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden)

Negatives Image: „Sozialdumping – Unkontrollierbare Multis – Umweltzerstörung – Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander“

Lösung: Regulieren oder nicht Regulieren oder ...

vorsorge) nicht immer Verständnis aus. Tatsächlich sind die Globalisierungsverlierer immer leichter zu identifizieren als die breiten Massen an undifferenzierbaren Gewinnern. Keine riesigen Meuten drängen in die Öffentlichkeit oder machen Lobbying, um sich bei einer Regierung für günstige T-Shirts oder sichere Lebensmittel oder Billigflüge zu bedanken, aber sind Arbeitsplätze durch eine potenzielle Unternehmensverlagerung ins Ausland bedroht, so ist ein Bericht in den Abendnachrichten oder eine Schlagzeile in der Tageszeitung garantiert.

Vorteile der Globalisierung

Angesichts der vorherrschenden Risikowahrnehmung der Globalisierung bleiben deren Vorteile weitgehend unterbelichtet: Sinkende Importpreise für Unternehmen führen zu höherer Produktivität und verbessern somit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Dadurch stehen mehr Mittel für Forschung und Entwicklung, Innovationen und Wachstum zur Verfügung. Die Haushalte profitieren von einer höheren Produktvielfalt und preiswerteren Produkten. Das Arbeitsangebot wird weiter diversifiziert.

Diese Vorteile werden über die ganze Volkswirtschaft verteilt. Auch die Vorteile, die sich für Produzenten und Konsumenten durch die Produktionsverlagerung (Offshoring) ergeben, werden gemeinhin nicht dem Globalisierungsprozess zugeschrieben – der damit verbundene Nachteil „Arbeitsplatzverlust“ sehr wohl. Unternehmen dient Offshoring zur Kostensenkung und Expansion in neue Märkte. Offshoring führt nicht zwangsläufig zu Arbeitsplatzverlusten: Auslandsinvestitionen tragen häufig

auch dazu bei, die Beschäftigung im Inland zu sichern oder diese sogar auszubauen. Insgesamt beschleunigen Produktionsauslagerungen den notwendigen Strukturwandel und tragen somit zu einer langfristigen Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei.

Auch die Vorteile der Zuwanderung werden weitgehend ignoriert: Ohne Zuwanderung würde die Zahl der Bürger im erwerbsfähigen Alter bereits heute sinken. Der Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderer ist essenziell und wird immer härter. Während die weniger privilegierten Schichten bereits in den vergangenen Jahrzehnten massiv dem Wettbewerb durch Einwanderer ausgesetzt waren, versucht die Mittelschicht, sich vor ausländischen Wettbewerbern abzusichern. Dies gefährdet die Weiterentwicklung ihrer eigenen Qualifikationsqualitäten und somit direkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes: Schließlich würde der Konkurrenzdruck durch hoch qualifizierte Einwanderer auch die Leistungs- und Bildungsbereitschaft der Mittelschichten fördern. Somit wird nicht nur der demographisch bedingte Mangel an Menschen im erwerbsfähigen Alter, sondern auch der Wettbewerb durch dynamische Newcomer zum Problem. Zusätzlich sorgt das Schulsystem dafür, dass Kinder von Einwanderern kaum Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg erhalten. Die Schwellenländer haben eindrucksvoll gezeigt, was in der EU großteils nicht gelungen ist: Ein höherer Bildungsstatus hat wenig mit der sozialen Herkunft zu tun. So hat es beispielsweise Südkorea in den 1980er-/90er-Jahren geschafft, dass aus einer Generation von Kindern,

deren Eltern noch überwiegend Analphabeten waren, mehrheitlich Hochschulabsolventen hervorgingen.

Jene, die am meisten von der Globalisierung profitierten, weisen extreme Defizite in der Erklärung und (medialen) Verbreitung der Vorteile auf. So gelang es bislang nicht, die vielen durch Auslandsinvestitionen geschaffenen Arbeitsplätze, Innovationen und Konsumentenvorteile als Globalisierungserfolg zu vermitteln. Aus diesem Grund sind die Reaktionen zu diesem Phänomen der wirtschaftlichen Internationalisierung entsprechend der Quelle – Konsumenten, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, NGOs, Regierungen – unterschiedlich.

Reaktionen auf die Globalisierung

Uneinheitlichkeit und Inkonsistenz in den Reaktionen auf Globalisierung seitens den öffentlichen Stellen, NGOs und Interessenvertretern führt in der Bevölkerung zu Verwirrung und entsprechendem Vertrauensverlust. Besonders in letzter Zeit scheinen Staaten wieder vermehrt sich die Rosinen aus dem Globalisierungskuchen picken zu wollen, um dabei negativen Emotionen der Bevölkerung entgegen zu wirken. Exporte unterstützen und zugleich Importe behindern scheint schon heuchlerisch, aber wird zumindest in öffentlich wirksamen Bereichen forciert. Die kürzlich von Teilen der europäischen (besonders deutschen) Politik forcierte Diffamierung von internatio-

nen Finanzinvestoren („Heuschreckendebatte“) mindert die Vorteile der Globalisierung.¹

Sehr oft erhitzen die Aktivitäten (zumeist Investitionen bis Käufe) großer multinationaler Unternehmen (MNE) nationale Gemüter. In jüngster Vergangenheit gab es eine Eskalation an Fällen (Suez [FR], Arcelor [LU], Unicredit [IT/PL], Endesa [ES], Centrica [UK], KT&G [KR], P&O [UK/US/Dubai], Volkswagen [DE]), die fast den Eindruck einer neuen protektionistischen Welle vermuten lassen. Dabei ist dies erstens diametral gegen das Prinzip des freien Handels, zweitens gegen eines der Gründungsprinzipien der EU – die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes – und drittens extrem belastend für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) – eine Mehrheit der Unternehmen, die weltweit sowohl Motor der Beschäftigung als auch der Wertschöpfung sind. Die KMUs sind mittlerweile gezielt in das internationale Firmennetzwerk intensiv eingebettet.

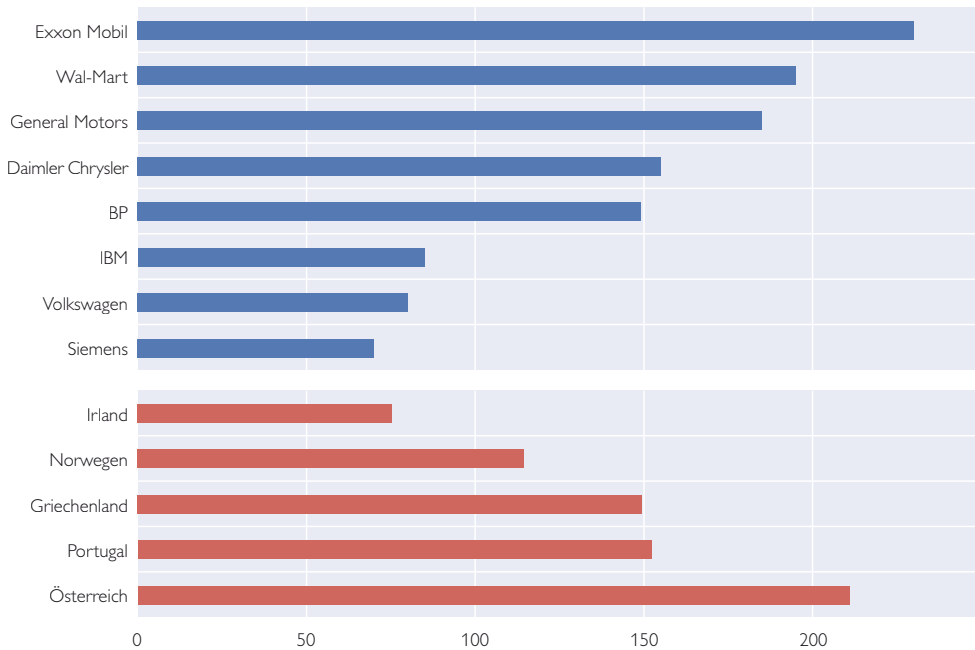
Globalisierungskritiker wie ATTAC fordern von den großen internationalen Entscheidungsträgern wie der WTO oder beim Gipfeltreffen der G8-Staaten mehr demokratische Kontrolle und eine stärkere Regulierung der Kapitalmärkte, eine Entschuldung der Dritten Welt und eine Verankerung der Arbeitnehmerrechte in internationalen Verträgen. Die bereits von wichtigen Verbänden aus der Zivilgesellschaft unterstützte

¹ Jene Heuschreckenmetapher, mit der Herr Müntefering die Kapitalismuskritik wiederbelebte und die weltweiten Wellen der Empörung auslöste, dürfte einem entsprechenden Zitat von Mohandas Gandhi (1928) entlehnt sein: „Eine einzelne kleine Insel (England) hält heute die Welt in Ketten. Wenn eine große Nation von 300 Millionen Menschen zu ähnlichen Formen wirtschaftlicher Ausbeutung greifen wollte, würde sie die Welt kahl fressen wie ein Schwarm von Heuschrecken.“

Globalisierung – neue Global Players

Vergleich: Staaten und Transnationale Unternehmen

in Mrd USD



Quelle: The Geography of the World Economy, 2000.

Initiative „Global Marshall Plan“ (Club of Rome, Ökosoziales Forum Europa, Stiftung Weltvertrag, Club of Budapest) will einen ökosozialen Ordnungsrahmen für eine globale Marktwirtschaft schaffen und betont, dass hierfür ein umfassender Finanzierungsplan erforderlich sei. So sieht der „Global Marshall Plan“ für die Dritte Welt jährliche IWF-Sonderziehungsrechte für ärmere Länder, eine maßvolle Besteuerung internationaler Finanzströme sowie die Einführung einer Welthandelsabgabe (0,35 % bis 0,5 %) vor.

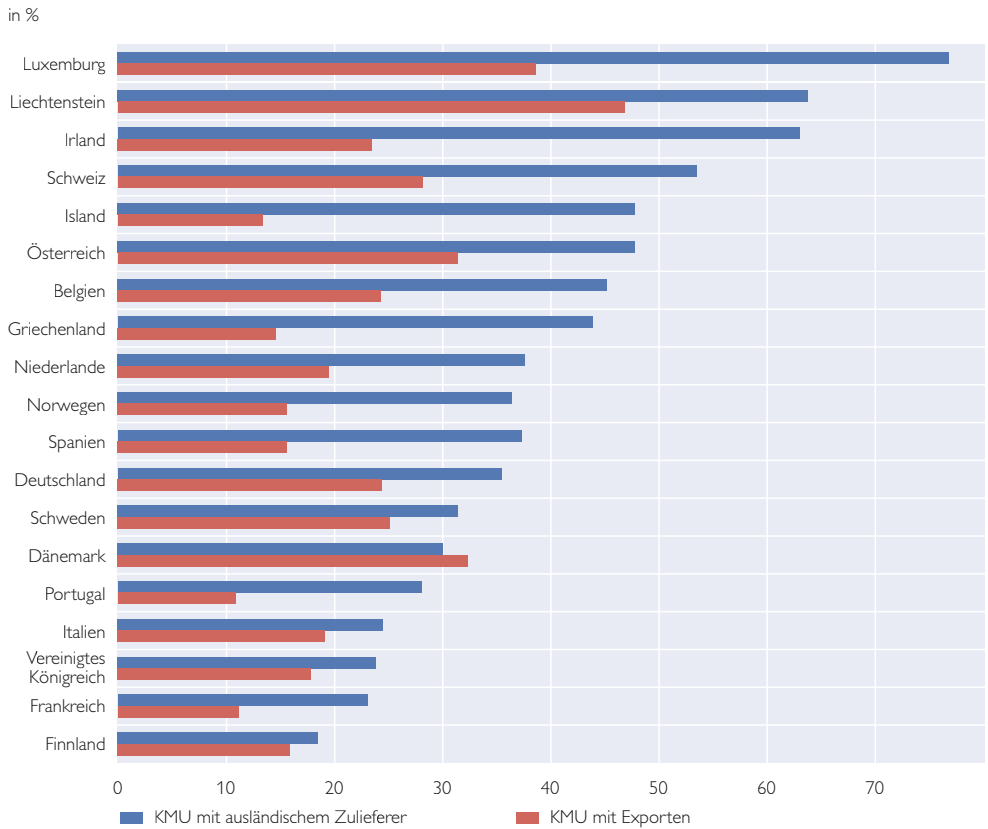
Arbeitgeberseitig wird zum Thema „Globalisierung“ (zumindest in der Öffentlichkeitsarbeit) konsequent die Linie einer Interessenvertretung der Wirtschaft verfolgt: Man beschäftigt sich primär mit der Problemlösung / Überlebensstrategie

„Wachstumsförderung durch Deregulierung und Strukturreformen“ und nur mit ausgewählten negativen Aspekten der Globalisierung: Verlierer im Billiglohnsegment, unverhältnismäßig starke Wahrnehmung von Risiken seitens der Bevölkerung. Als positiv ist in diesem Zusammenhang die Beleuchtung des Zusammenhangs „Globalisierung – Arbeitsplatzenstehung“ zu bewerten.

Ziel eines Unternehmens muss es sein, seine Position auf dem Markt zu sichern und wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur dann kann es Arbeitsplätze schaffen und zu Wohlstand und Fortschritt in der Gesellschaft beitragen. Gewinn bestätigt die Unternehmensstrategie. Gewinn ist nicht alles, aber ohne Gewinn ist alles nichts. (Analogie zu: „*Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut.*“)

Globalisierung – nicht nur die Großen

Anteil der KMUs mit ausländischem Zulieferer oder Exporten in Europa

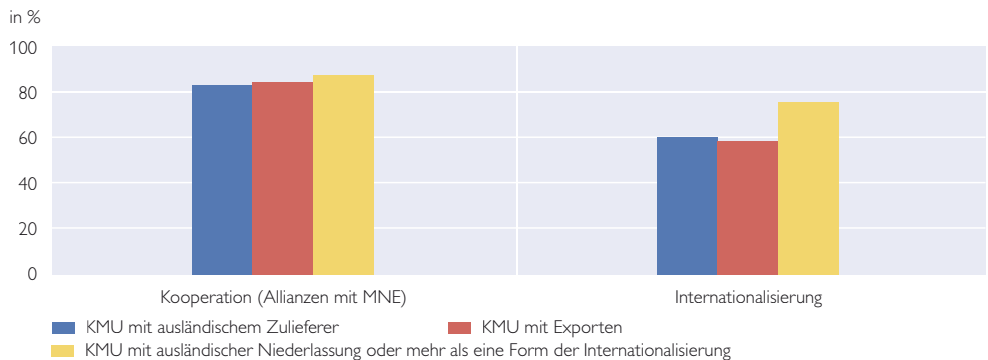


Quelle: ENSR Enterprise Survey 2003, EC GD Enterprise.

Anmerkung: Ein einzelnes KMU kann in beiden Kategorien vorkommen.

Globalisierung und Wettbewerb

Kooperation (Allianzen mit MNE) und Internationalisierung verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen KMUs



Quelle: ENSR Enterprise Survey 2003, EC GD Enterprise.

Anmerkung: Anteil der KMUs, die eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch ... realisierten.

Globalisierung schafft Arbeitsplätze – Verweigerung kostet Arbeitsplätze

Der Großteil der inländischen Arbeitsplätze kann gerade dann gesichert werden, wenn Teilbereiche der Produktion verlagert und die erweiterten Möglichkeiten der Mischkalkulation über verschiedene internationale Standorte hinweg genutzt werden können. Durch das Beziehen von günstigen Vorleistungen aus dem Ausland können Erzeugnisse trotz unverändert hoher Arbeitskosten exportiert und dadurch Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden: In Branchen, die besonders von der Globalisierung profitierten, stieg zwischen 1991 und 2000 die Erwerbstätigkeit. Die Globalisierung ist auch ein Beschäftigungsmotor: Durch den wirtschaftlichen Aufstieg der Entwicklungs- und Schwellenländer entstehen neue Absatzmärkte.

Österreich ist ein Doppelnutznier dieses Phänomens. Einerseits haben im vergangenen Jahr laut Oesterreichischer Nationalbank aktive Auslandsinvestitionen die passiven übertrroffen. Andererseits haben wirtschaftspolitische Maßnahmen (z. B. Steuerreform, reduzierte Körperschaftsteuer, Gruppenbesteuerung usw.) die Standortattraktivität derart erhöht, dass laut Austrian Business Agency es immer mehr deutsche Firmen nach Österreich zieht (im Jänner und Februar 2006 meldeten sich 446 deutsche Firmenvertreter, 41 % aller Interessenten des gesamten Vorjahres).

Die zunehmende Bedeutung des Außenhandels zeigt, dass Österreich vom zunehmenden grenzüberschreitenden Austausch von Arbeit, Kapital und Wissen profitiert hat. Die hei-

mische Exportquote für Waren nähert sich 40 % (gemessen am Bruttoinlandsprodukt), während jene für Waren und Dienstleistungen schon längst die 50 %-Marke (in % des BIP) überschritten hat. International wachsen Dienstleistungsexporte mittlerweile rascher als Warenexporte. Daher könnte Österreich als Unternehmensstandort die Chancen der Globalisierung noch besser nutzen:

Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes

Die Politik muss die Rahmenbedingungen für Exporte, Direktinvestitionen und Finanzmärkte verbessern. Dänemark, Irland und die Niederlande schufen bereits geeignete Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten. Auch die bestehende Forschungsinfrastruktur muss ausgebaut werden. Begleitend soll das Humankapital der Beschäftigten durch Aus- und Weiterbildung (Spezialisierung des Arbeitskräftepotenzials in Richtung wissensbasierte Ökonomie) erhöht werden, und die Politik sollte eine weitere Liberalisierung des Handels vorantreiben, um noch mehr Handelsvorteile zu realisieren.

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Ein abnehmender Verteilungsspielraum und der zunehmende Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten führen zu stärkeren Differenzierungserfordernissen bei den Löhnen. So muss nicht nur in den Bereichen der Beschäftigungsformen und der Arbeitszeitregelungen mehr Flexibilität geschaffen werden, sondern auch in der Lohnpolitik. Denn relative Lohn-

starrheit führt zum Verlust von Arbeitsplätzen, was besonders den wettbewerbsintensiveren Niedriglohnbereich betrifft. In der derzeitigen Situation – die insbesondere für KMUs ein hohes Einstellungshemmnis darstellt – gelingt es nicht, die durch Outsourcing und Offshoring entfallenden Arbeitsplätze durch die Entstehung neuer Arbeitsplätze an anderer Stelle zu kompensieren. Gering Qualifizierte sind besonders von Billiglohnkonkurrenz betroffen.

Ist die Globalisierung beeinflussbar?

Wenn man das vergangene Jahrzehnt revue passieren lässt und zu dem Schluss kommt, bei der Globalisierung handle es sich um einen eigen-dynamischen Prozess, der im Verständnis der klassischen Logik von einer „unsichtbaren Hand des Marktes“ gelenkt wird, dann handelt es sich um eine Sinnestäuschung. Fatalismus ist gänzlich unangebracht, wenn man weiter zurückblickt: Globalisierung ist kein Schicksal, sie wurde bereits während des ersten Weltkrieges sowie während des Handelskrieges der 1930er-Jahre unterbrochen. Es bleibt allerdings zu hoffen, dass die Negativerfahrung der New-Economy-Blase oder aber die gegenwärtige Krise der Europäischen Union nicht zu einer protektionistischen Gegenbewegung führt, denn: Aktuell besteht die größte Gefahr für Arbeitsplätze in einer Zurücknahme der Globalisierung. Eine Bekämpfung des Freihandels würde daher einer Bekämpfung des Wohlstandes entsprechen.

Um aber künftig eine Minimierung der gesellschaftlichen und ökologischen Kosten bestimmter Markt-

teilnehmer zu ermöglichen, müssen sowohl die „global players“ als auch die nationalen Entscheidungsträger verstärkt global denken und Verantwortung für die Auswirkungen der Globalisierung übernehmen. Das heißt, sie müssen ihr Handeln an einem neuen Verhalten orientieren und die dafür erforderlichen zusätzlichen wirtschaftspolitischen Instrumente entwickeln und nutzen. Dies gilt sowohl für Politiker und Investoren der westlichen Industrienationen als auch für jene in Drittweltstaaten. Denn schließlich darf die neoliberale Doktrin auch in einem globalisierten Weltmarkt nicht verabsolutiert werden, zumal der Markt immer nur eine relative Berechtigung hat und die Marktwirtschaft immer im Dienste des Menschen stehen muss. Denn auch eine globale Marktwirtschaft muss humane und soziale Ziele verfolgen und mit den natürlichen Lebensgrundlagen haushalten. Hierfür ist ein globaler ethischer Grundkonsens aller Akteure erforderlich. Eine bessere Globalisierung für eine weltweite humane Marktwirtschaft auf der Basis von gemeinsamen Grundhaltungen könnte durch folgende Handlungsfelder der Wirtschaftspolitik befördert werden.

Globalisierung und Handlungsfelder der Wirtschaftspolitik

Die Basis einer humanen Marktwirtschaft ist immer noch ein auf die effiziente Nutzung von Ressourcen ausgerichtetes wirtschaftliches Handeln. Dies muss international und national weiter verbessert und ausgebaut werden.

Ein Schlüssel liegt in der Weiterentwicklung der handelspolitischen

Instrumente. Dabei können zusätzliche Wachstumsimpulse durch den grundsätzlichen Abbau von Handelshemmnissen im internationalen Verkehr mit Waren und Dienstleistungen geschaffen werden. Mit ihrer politischen und ökonomischen Stärke muss die Europäische Union in Zukunft eine aktivere Rolle im Ausgleich von unfairen und Wettbewerb verzerrenden weltweiten Standortbedingungen einnehmen. Auch Österreich muss dazu seinen Beitrag leisten. Wichtige Eckpfeiler in diesem Zusammenhang sind unter anderem:

- Investitionsoffensive bestehend aus: Innovationsoffensive, Infrastrukturoffensive und Bildungsoffensive
- Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung
- Reform des Gesundheits- und Sozialsystems
- Flexibilisierung des Arbeitsmarktes
- Stärkung des Unternehmertums und der Standortattraktivität
- Ausrichtung der Auslandsaktivitäten auf neue Hoffnungs- und Wachstumsmärkte
- Forcierung einer qualifizierten Migration

Weiters muss mit vereinten Kräften der öffentlichen Stellen, der Zivilgesellschaft (die Interessenvertretungen und NGOs) und der Wirtschaft an einem positiven, ehrlichen und objektiven – jenseits jeder Polemik – *Awareness-Building* für und mit der Bevölkerung gearbeitet werden. Das Bewusstsein der Öffentlichkeit über die Chancen, aber auch Risiken der Globalisierung muss geschärft werden.

Auf einem gesicherten wirtschaftlichen Fundament gibt es ausbaufähige

Ansätze, um eine weltweite humane Marktwirtschaft zu realisieren:

- Corporate Social Responsibility
- Ökosoziale Marktwirtschaft
- Globale Sozialpartnerschaft

Corporate Social Responsibility (CSR)

Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft beinhaltet neben der Freiheit des Einzelnen eine Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl. Dieser sozialen Verantwortung auf nationaler Ebene entspricht die gesellschaftliche unternehmerische Verant-



wortung (CSR) auf betrieblicher Ebene. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, neben dem Ziel der Gewinnmaximierung auch gesellschaftliche Werthaltungen zu berücksichtigen, ist nicht nur eine sinnvolle Ergänzung zum ordnungspolitischen Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft. CSR kann letztlich auch wesentlich zur Realisierung einer humanen Marktwirtschaft beitragen. Obwohl CSR eine britische Wortschöpfung des letzten Jahrzehnts verkörpert, verbirgt sich dahinter keine Neuerfindung, sondern schlicht eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte in der Unternehmensführung, die auf folgendem Erfahrungswissen beruht: Nachhaltiger Geschäftserfolg – und somit auch „Shareholder Value“ – kann nicht



durch die Maximierung kurzfristiger Profite, sondern vielmehr durch marktorientiertes, aber verantwortungsvolles Verhalten erzielt werden.

Folgende Ausgangsbasis: Die Menschen handeln nicht nur nach ökonomisch rationalen Maximen. Ihre Leistungen werden nicht allein von materiellen Interessen bestimmt und ihre Triebfeder ist nicht nur der Tauschtrieb. Und schließlich: Es dient nicht allen, wenn jeder seinen eigenen Interessen nachgeht. Die Marktwirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie muss im Dienste der Bedürfnisse der Menschen stehen.

CSR soll aber nicht als ein Versuch von sinnstiftender Sozialromantik oder aber subtiler Auflagenpolitik für Unternehmen missverstanden werden: CSR ist weder ein Feigenblatt noch Luxus für die Wirtschaft, sondern der bessere Weg zum (nachhaltigen) Erfolg für alle Beteiligten, denn solides Wirtschaften auf der Basis von Vertrauen und sicheren Grundlagen ist den Unternehmen und der Gesellschaft zuträglicher:

Unternehmerische Verantwortung gegenüber Kunden, Lieferanten, Kreditgebern, Mitarbeitern sowie gegenüber den natürlichen Ressourcen erhöht das gesellschaftliche Ansehen des Unternehmens und schlägt sich wiederum in positiven Ertragsaussichten nieder.

Voraussetzung für die Verwirklichung von CSR ist einerseits der Markterfolg bzw. die gesunde Ertragskraft eines Unternehmens und andererseits das Prinzip der Freiwilligkeit: Die bestehende Überregulierung darf nicht verstärkt, Handlungsspielräume für Unternehmen nicht weiter beschränkt werden. Umgekehrt darf CSR nicht als Ersatz für bestehende Rechtsvorschriften für Sozial- und Umweltstandards dienen.

Die Grundprinzipien von Corporate Social Responsibility (CSR)

- Markterfolg
- Freiwilligkeit

CSR darf kein Wettbewerbshemmnis, sondern sollte – befördert durch die

Was kann CSR leisten?

- *Ein positiveres Image von Unternehmen und Unternehmern in der Gesellschaft*
- *Nachhaltiges Wachstum*
- *Ausweitung der Beschäftigung*
- *Bessere Innovationsleistungen*
- *Investitionen in Kompetenzentwicklung, lebenslanges Lernen und Beschäftigungsfähigkeit*
- *Einstellung von mehr Mitarbeitern aus benachteiligten Gruppen*
- *Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit*
- *Schonendere Nutzung natürlicher Ressourcen und geringeres Verschmutzungsniveau*
- *Stärkere Achtung der Menschenrechte und grundlegender Arbeitsnormen (insbesondere in den Entwicklungsländern)*
- *Bekämpfung der Armut und Fortschritte auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen*

Wahrung des Freiwilligkeitsprinzips – ein Wettbewerbsvorteil werden. Image und Ruf spielt schließlich eine zunehmende Rolle im Wettbewerb, da Mitarbeiter, Medien und Konsumenten Unternehmen heute in verstärktem Ausmaß an außerökonomischen Kriterien bewerten. So zeugt das Wachstum von Investmentfonds, die ethische Maßstäbe einbeziehen, sowie die steigende Zahlungsbereitschaft von den Konsumenten für den Zusatznutzen „Ethik“ (z. B. für Transfair- oder Fair Trade-Produkte) von einem entsprechenden Wettbewerbspotenzial.

Traditionelle Familienbetriebe haben ihr Handeln schon immer gesamtverantwortlich gegenüber ihrer Umwelt ausgerichtet. Generell ist ein pfleglicher und verantwortungsvoller Umgang im unternehmerischen Umfeld – wie etwa die Mitarbeiterorientierung – für viele österreichische Unternehmen eine Selbstverständlichkeit. Auch das Bekenntnis zu ökonomischer, sozialer und ökologischer Verantwortung ist häufig bereits fixer Bestandteil gelebter Unternehmenskultur. Grundsätzlich sollte jedes Unternehmen im Bereich CSR aber

eigene spezifische Akzente setzen. Konkrete CSR-Initiativen könnten beispielsweise folgende Maßnahmen umfassen:

- Investitionen in ein lokales Gemeinschaftsprojekt (z. B. Einrichtung einer Wohltätigkeitsorganisation oder Stiftung)
- Betriebliche Förderung von lebenslangem Lernen durch die Ermöglichung von Bildungskarenzzeiten und gezielten Angeboten für Weiterbildung / Zuschüsse zu Ausbildungseinrichtungen
- Betriebliche Förderung von Life-Balance (Vereinbarkeit von Beruf und Familie)
- Betriebliche Modelle zur verstärkten Integration von älteren Arbeitnehmer/-innen (beispielsweise könnten durch Bildungskarenz temporär frei gewordene Arbeitsplätze mit älteren Langzeitarbeitslosen nachbesetzt werden)
- Freiwillige Teilnahme an einem „Kompetenzbilanz-Benchmarking“, das auf einem standardisierten Vergleich von so genannten „weichen“ Unternehmenskriterien gründet (Ökobilanz, Kinder-/Fa-

milienfreundlichkeit, Förderung von Wiedereinsteiger/-innen, sozial und ökologisch verträgliche Produktionsbedingungen im Fall von Produktionsauslagerungen in Drittstaaten etc.)

Ökosoziale Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft ist auch auf der Makroebene ausbaufähig: Eineinhalb Jahrzehnte nach seiner Erfindung (Josef Riegler) könnte das österreichische Konzept „ökosoziale Marktwirtschaft“ nun allmählich „Marktreife“ sowie eine internationale Dimension erlangen. Der selbsterklärende Begriff „ökosozial“ steht für sozialstaatliche Rahmenbedingungen, die um eine ökologische Komponente ergänzt werden. Während das Konzept „soziale Marktwirtschaft“ aufgrund seiner unmittelbar spürbaren Wohlfahrt steigernden Effekte auf nahezu ungeteilte gesellschaftliche Akzeptanz stößt, verhält es sich mit einem Gesellschaftsentwurf, der sich auch einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung verpflichtet fühlt, noch etwas anders. Im Unterschied zum herkömmlichen öffentlichen Leistungsangebot bedarf das knappe Gut „Umwelt“ prinzipiell keiner Erhöhung der Abgabenquote, sondern einer generellen Verhaltensänderung von Konsument/-innen und Wirtschaftstreibenden.

Nachhaltige Wirtschaftsweisen – die im Übrigen für viele kleinbäuerliche und mittelständische Betriebe bis zur Gegenwart bezeichnend sind – gerieten durch die Verschärfung des Wettbewerbs im Zuge der Globalisierung vielfach unter Druck. Die ökologische Sensibilisierung der Gesellschaft hat in den letzten drei Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen,

sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Bereitschaft zur Verhaltensänderung unter fairen Rahmenbedingungen und ausreichend attraktiven Anreizen mittlerweile bei einer breiten Bevölkerungsschicht (einschließlich der Unternehmerschaft) gegeben ist. Anreize sind deshalb nötig, da der Nutzen einer nachhaltigen Entwicklung meist nicht unmittelbar, sondern erst in der Zukunft erfahrbar ist. Einer erforderlichen Bewusstseinsänderung / einem ökologischen Wertewandel, dem auch Taten folgen, muss folglich „auf die Sprünge“ geholfen werden.

Das Konzept „ökosoziale Marktwirtschaft“ sieht hierfür einen Hebel in Form einer sozialökologischen Steuerreform vor: Um einen verantwortungsvollen bzw. schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen zu gewährleisten, wird mit Hilfe von Marktinstrumenten „Kostenwahrheit“ für knappe Umweltgüter hergestellt. Der Einsatz von fossiler Energie wird aufkommensneutral verteuert, indem im Gegenzug dafür der Faktor Arbeit entsprechend entlastet wird. Das Ausschöpfen von Energiesparpotenzialen, der Einsatz von erneuerbarer Energie und damit verbundene Innovationen im Bereich „Grüne Technologie“ werden hingegen durch Steueranreize gefördert. Die Umverteilung der Steuerlast könnte bei Erzielung der gewünschten Lenkungseffekte eine Reduktion der gesamten Steuerlast zur Folge haben, d. h., es könnten Win-Win-Situationen für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt entstehen.

Im Kontext der beschriebenen, besonders in Drittweatländern spürbaren sozialen und ökologischen Kosten der beschleunigten Globalisie-

rung, empfiehlt sich die Ausweitung des Konzepts auf die globale Ebene. Hierfür müssen zunächst einklagbare – d.h. unter WTO-Kontrolle stehende – soziale und ökologische Mindeststandards geschaffen werden. Im Gegensatz zu einem regional begrenzten Pilotprojekt – wofür sich Österreich anbieten würde – muss für einen entsprechenden ökosozialen Ordnungsrahmen für eine globale Wirtschaft allerdings ein umfassender Finanzierungsplan erstellt werden. Die bereits von wichtigen Verbänden aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft unterstützte Initiative „Global Marshall Plan“ (Club of Rome, Ökosoziales Forum Europa, Stiftung Weltvertrag, Club of Budapest) hat sich dieses Vorhabens bereits angenommen.

Globale Sozialpartnerschaft

Der Wettbewerb in der internationalen Arbeitsteilung und im Weltmarkt funktioniert auf der Basis komparativer Vorteile. Regional nachhaltige Globalisierungsverluste entstehen durch mangelnde Flexibilität und Bereitschaft zur Umstrukturierung oder aber durch den Umstand, dass ohne adäquate Vorbereitung und mit unpassender Reihenfolge die ansonsten effektiven Instrumente Liberalisierung und Privatisierung ad absurdum geführt werden. In einer globalisierten Welt zeigen solche Entwicklungen früher oder später auch ungünstige Auswirkungen in den fortgeschrittenen Industrieländern. Letztere müssten daher daran interessiert sein, ihre Gesellschaftsentwürfe und sozialen Errungenschaften zu „exportieren“.

Es steht allerdings außer Zweifel, dass historisch gewachsene, in nationale Kulturen eingebettete Sozialmo-

delle sich nicht einfach kopieren lassen. Davon zeugt bereits die entsprechende Vielfalt an solchen Modellen innerhalb der – kulturell relativ heterogenen – Europäischen Union. Außerdem geraten die traditionellen Sozialmodelle im Zuge der Globalisierung mittlerweile ihrerseits unter Anpassungsdruck. Vor diesem Hintergrund bietet sich das bewährte Modell „Sozialpartnerschaft“ bzw. der europäische soziale Dialog als Lösungsansatz an.

Veränderte Rahmenbedingungen für Unternehmen und die daraus resultierenden Veränderungen in der Arbeitswelt bedürfen gemeinsamer Anstrengungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, um Wachstum und Beschäftigung auch im Zeitalter der fortgeschrittenen Globalisierung weiter zu entwickeln. Eine globale Sozialpartnerschaft, in der sich Vertreter von Arbeitgeber/-innen und Arbeitnehmer/-innen aller Nationen freiwillig zur Einhaltung humaner Grundwerte und Verhaltensmaßstäbe verpflichten, wäre die Basis für eine globale Sozialpartnerschaft bzw. für einen globalen sozialen Dialog.

Die Formel einer globalen Sozialpartnerschaft

Shareholder Value + Stakeholder Value

Dieser Dialog könnte – im Rahmen der UNO organisiert – wechselseitige Lernprozesse in Gang setzen und schließlich den Grundstein für gegenseitiges Vertrauen – einer zentralen sozialpartnerschaftlichen Ressource – legen. Die globalen Sozialpartner müssten sich aber konkreten Herausforderungen des globalen Unternehmertums und der internationalen

Arbeitsbeziehungen stellen. So sollten sie sich beispielsweise dahingehend einigen, dass es neben der unternehmerischen Verpflichtung gegenüber den Shareholdern eine gleichwertige Verpflichtung gegenüber den Stakeholdern gibt, in anderen Worten: Schaffung und Ausbau von einem *Stakeholder Value* verwirklichen. Im Gegenzug dafür sollten Arbeitnehmervertreter eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte unterstützen.

Zusammenfassend scheint der Globalisierungsprozess nicht gefährdet. Jüngste, auf MNEs bezogene Entwicklungen, die einen Eindruck des nationalen Einmauern verleihen, sind tatsächlich winzig im Vergleich zu den allgemeinen Trends der Investitionen, des Handels, des Tourismus und anderen Formen des Austausches. Vielerorts sind Klagen gegen Handelseinflüsse und ausländisches Kapital nur ein willkommener Vorwand für andere Probleme. Aber um nicht die Herrschaft über das positive Potenzial der internationalen Verflechtung zu verlieren, sollten wir nicht zu „backseat drivers“ der Globalisierung werden.

Gemeinsam muss jeder seinen Teil zu einem erfolgreichen Globalisierungsprozess beitragen. Die Poli-

tik, die Bevölkerung, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft müssen offen, aber bewusst die weltweite Verflechtung von Vielfalt und Aktivität weiterentwickeln. Es ist ein unaufhaltbarer dynamischer Prozess, der sehr wohl beeinflusst werden kann. Den richtige Einfluss im Sinne einer nachhaltigen Allgemeinheit gilt es anzustreben. Dazu muss auch die Politik aktiv tätig sein. Ihrerseits verlangen folgende Bereiche besondere Aufmerksamkeit und besonderen Tatendrang, um eine bessere Zukunft für uns alle zu sichern:

- Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmertum – Schwerpunkt: KMU
- Veränderungen in der Arbeitswelt/Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt/Kündigungsschutzbestimmungen/neue Beschäftigungsformen/Arbeitszeit
- Mobilität
- Qualifikationsbedarf
- Erhöhung der „Durchlässigkeit“ unselbstständige – selbstständige Arbeit
- Kündigungsschutzbestimmungen
- Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung
- Verbesserte Rahmenbedingungen für Innovation, Kreativität, Forschung und Entwicklung 